

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Kooperation mit Islamisten beenden, Koranschulen kontrollieren und radikale Moscheevereine verbieten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- 1.) seine Kooperationspartner bei Projekten gegen Diskriminierung zu überprüfen,
- 2.) jede Zusammenarbeit mit islamistisch geprägten Vereinen und Organisationen zu beenden,
- 3.) einen rechtssicheren Plan zur staatlichen Kontrolle von Koranschulen vorzulegen sowie
- 4.) die Prüfung eines Verbots des Trägervereins der Al-Nur-Moschee, „Islamische Gemeinschaft Berlin e.V.“, und anderer Salafistentreffpunkte in Berlin konsequent fortzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2022 zu berichten.

Begründung

Zugleich Opfer und Täter

Dem einseitigen Narrativ von Muslimen als Opfer von Benachteiligungen ist entgegenzutreten. Der auf die mögliche Diskriminierung von muslimischen Schülern konzentrierte Fokus produziert eine Wahrnehmungslücke. Die DEVI-Studie vom Dezember 2021 kritisiert die Antidiskriminierungsarbeit als einseitig: Der „hoch moralisierende Appell“, der sich an Islamophobie, Rassismus, Vorurteilen oder Marginalisierung abarbeitet, blende in der Regel individuelles

Handeln aus, und damit die Ambivalenz, die oft schlicht darin liege, „dass Menschen zugleich Täter und Opfer sein können“ – und es meist auch sind.

Die Inszenierung als Opfer, so wird in der DEVI-Studie erläutert, gehört zur IS-Propaganda und zur „Sprache des Terrors“. Der „Verweis auf das kollektive Opfer [...] läuft stets Gefahr, erst die Munition zu liefern, mit der die Täter schießen“. Es bestehe ein Zusammenhang zwischen Viktimisierung und Radikalisierung.¹ Die jungen Menschen, von denen der 16. Kinder- und Jugendhilfebericht im Kapitel über „Islamismus“ spricht, seien „auf die Opferrolle abonniert“.² Der Rückverweis auf die Opferrolle nehme Jugendlichen, die durch hoch brisante Äußerungen und Verhalten auffallen, die Möglichkeit zur Reflexion, inwiefern ihr eigenes Verhalten außerhalb des eigenen Milieus auf Unverständnis und Ablehnung stößt.³

Konfrontative Religionsausübung

Das DEVI-Konzept der „konfrontativen Religionsbekundung“ und die Erforschung dieses Phänomens finden mehrheitliche politische Unterstützung. Kritik kommt indes von links außen und von Vertretern des politischen Islams. Die ADAS-Studie (November 2020) fordert, Begriffsverwendungen wie „konfrontative Religionsausübung“ oder „religiöses Mobbing“ in Schulen zu vermeiden, da diese stigmatisierend seien.⁴ Die Initiatoren der neuen Dokumentationsstelle gegen konfrontative Religionsbekundung sehen dies laut *Die Welt* als „direkten Angriff“ auf ihr Projekt. Obgleich die ADAS-Studie den Titel „Diskriminierungserfahrungen muslimischer Jugendlicher in Berliner Schulen“ trägt, wurden gar keine Befragungen an Schulen durchgeführt – sondern ausschließlich 16–27-Jährige befragt, die in Jugendgruppen muslimischer Gemeinden aktiv sind.

Die Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balcı erklärte dazu, die beteiligten Gemeinden „vertreten, leben und verbreiten ein reaktionäres Islam-Verständnis“. Von zehn der einbezogenen Moschee-Gemeinden wurden drei in Berliner Verfassungsschutzberichten im Bereich Islamismus genannt. Die Studienleiterin Aliyeh Yegane Arani war zuvor für den Verein Inssan e.V., der Verbindungen zur islamistischen Muslimbruderschaft aufweist, tätig.

Problematische Antidiskriminierungsarbeit

Die Antidiskriminierungsarbeit sollte nicht unter den Verdacht geraten, als Vehikel des politischen Islams instrumentalisiert zu werden. Der Umstand, dass das Diskriminierungslamento gerade von konservativen und radikalen Muslimen erhoben wird, erzeugt den Eindruck eines als Opfernarrativ dienenden strategischen Bausteins des (legalistischen) Islamismus. Daher muss der Staat beim Thema Antidiskriminierung sorgfältig auswählen, mit wem er zusammenarbeitet. Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Martin Hikel (SPD), kritisiert: „Mit einer politisch gefärbten Studie in Zusammenarbeit mit Vereinen, die unter Verfassungsschutzbeobachtung stehen, diskreditiert Frau Yegane sich selbst und gefährdet die Glaubwürdigkeit der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen.“

¹ DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), Vorabversion vorgelegt für das Bezirksamt Neukölln, Dezember 2021, S. 22.

² DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), a. a. O., S. 26, mit Verweis auf: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter (= Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/24200), S. 103.

³ Vgl. DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), S. 33.

⁴ Aliyeh Yegane/Joachim Willems/Joshua Moir: [Religion und Glauben an der Schule. Diskriminierungserfahrungen muslimischer Jugendlicher in Berliner Schulen](#), S. 8.

Religiös motivierte Konflikte sollten nicht geleugnet werden, nur weil sie von Menschen ausgehen, die selbst möglicherweise Diskriminierungserfahrungen gemacht haben.⁵

Verhaltens- und Anpassungsdruck

Eine der zentralen Rückmeldungen aus der Arbeit des DEVI e.V. in den vergangenen Jahren war, „dass es ungeschriebene Gesetze auf Schulhöfen gibt, besonders in Sozialräumen mit konservativen Moscheen, wo orthodoxe Religionsauslegungen die Alltagsregeln dominieren und es daher einen stark repressiven Verhaltens- und Anpassungsdruck auf Kinder und Jugendliche gibt“⁶.

Exemplarisch ist hier die Al-Nur-Moschee zu nennen, bei der es sich nach Angaben des Senats um eine von Salafisten dominierte Einrichtung handelt. Sowohl der Vorstand als auch die als Hauptakteure bekannten Personen sind dem politischen Salafismus zuzuordnen. In der Vergangenheit boten die Moscheebetreiber wiederholt salafistischen Predigern eine Plattform, um frauenfeindliche, homophobe und antisemitische Standpunkte öffentlich zu äußern (vgl. Drs. 18/17321). Der 1986 gegründete Moscheeverein der Al-Nur-Moschee betreibt seit 1998 ein Jugend- und Familienzentrum. Der Vorstand der Moschee ist zugleich Vorsitzender des Vereins „Jugend- und Familienzentrum e.V.“, der den Koranunterricht für Kinder und Jugendliche ausrichtet.⁷

Astrid-Sabine Busse, seinerzeit Leiterin der Grundschule in der Kölnischen Heide, gab im Jahr 2019 an, dass „rund 200“ und damit gut ein Drittel ihrer Schüler zum Islamunterricht der Al-Nur-Moschee gehen und die Mädchen vermehrt mit Kopftuch zum Unterricht erschienen.⁸ Eine demokratische Erziehung an den Schulen kann nicht gelingen, wenn nicht auch die Quellen der Radikalisierung in den Blick genommen werden. Als Vorsitzende des *Interessenverband Berliner Schulleitungen e.V.* (IBS) fordert Busse, dass „den Einflüssen konservativer oder gar salafistischer Lehrer“ etwas entgegengesetzt werden müsse.⁹ Nun kann sie ihre Forderungen umsetzen.

Berlin, den 21. März 2022

Dr. Brinker Gläser Dr. Bronson Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

⁵ Frederik Schindler: [„Beteiligte Moschee-Vereine stehen für ein ‚Who is who‘ des politischen Islam“](#), Die Welt, 21. November 2021.

⁶ DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), Vorabversion vorgelegt für das Bezirksamt Neukölln, Dezember 2021, S. 8.

⁷ Vgl. Alexander Fröhlich/Susanne Vieth-Entus: [Senat hat keine Kontrolle über salafistische Jugendarbeit](#), Der Tagesspiegel, 14. Januar 2019.

⁸ Vgl. Susanne Vieth-Entus: [Radikale Muslime in Berlin: Ein Ortsbesuch beim "Familienzentrum" der Al-Nur-Moschee](#), Der Tagesspiegel, 13. Januar 2019.

⁹ Ebd.